



IN ALLER KÜRZE

Fluglärm-Initiative unzufrieden mit Entgelterhöhung
Der Bürgerinitiative für Fluglärm in Hamburg und Schleswig-Holstein geht die von Rot-Grün verkündete massive Anhebung der Zuschläge bei verspäteten Flügen nicht weit genug. Die maßgeblichen Fluglärmverursacher in den Lärmklassen drei und vier mit mehr als 80 Prozent der Flugbewegungen würden nicht genug belastet, kritisierte er. Gleichzeitig erneuerte er die Forderung nach einem generellen Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr. (dpa)

CDU wirft Senat vor, die Bürgerschaft zu missachten
Die CDU in der Bürgerschaft hat einen „neuen Tiefpunkt der Zusammenarbeit“ des rot-grünen Senats mit der Opposition beklagt. In einem mehrseitigen Schreiben an Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) wirft der Fraktionsvorsitzende André Treppel dem Senat vor, die Rechte des Parlaments zu missachten. So häufe sich die Zahl der Fälle, in denen die Antworten des Senats auf Anfragen von Parlamentariern zuerst der Presse zugespielt würden. „Damit wird versucht, die Berichterstattung so zu steuern, dass der Senat in der Öffent-

lichkeit in einem besseren Licht dasteht“, heißt es in dem Brief. Darüber hinaus seien die Antworten oftmals ungenügend. Treppel will „ein klärendes Gespräch“ mit Scholz und Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit (SPD) führen. Ansonsten drohe eine Klage vor dem Hamburgischen Verfassungsgericht. (taz)

Maersk bezahlt 3,7 Milliarden Euro für Hamburg Süd
Die dänische Maersk Line bezahlt für die schuldenfreie Übernahme der Reederei Hamburg Süd 3,7 Milliarden Euro an die Oetker-Gruppe. Wie das Unternehmen mitteilte, soll die Transaktion bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Dr. Oetker hatte angekündigt, Teile des Erlöses in die Lebensmittelparte des Konzerns und die Digitalisierung zu stecken. Die Kartellbehörden in den USA und der EU haben dem Verkauf bereits zugestimmt. Die weltgrößte Containerreederei Maersk erwartet jährliche Synergieeffekte von 350 bis 400 Millionen Dollar. Hamburg Süd soll die eigenen Strukturen und Marken behalten. Oetker verliert durch den Abschied aus der Schifffahrt die Hälfte seines Umsatzes. (dpa)

HEUTE IN HAMBURG

„Dabeisein ist nicht alles“

INKLUSION Pit Katzer von der Volksinitiative „Gute Inklusion“ über das, was an Schulen fehlt

taz: Herr Katzer, was ist schlechte Inklusion?
Pit Katzer: Wenn Kinder mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf zusammen in der Klasse sind, aber kein Unterricht stattfindet, durch den alle diese Kinder ihre Potenziale entfalten können. Dabeisein ist hier nicht alles.
Wo hakt es?
Da die Ressourcen vorne und hinten nicht reichen, stoßen viele Schulen an ihre Grenzen.
Was planen Sie für heute?
Wir werden als Volksinitiative am heutigen Mittwoch um elf Uhr im Rathaus Unterschriften für unsere Ziele abgeben.
Wie viele sind es geworden?
Das verraten wir bei Übergabe.
Sie brauchen 10.000 für ein Volksbegehren. Liegen wir falsch, wenn wir von 20.000 Unterschriften ausgehen?
Nicht sehr, jedenfalls.
Wie geht es dann weiter?
Wir gehen davon aus, dass im Schulausschuss Anfang Juni eine öffentliche Anhörung von uns gibt. Die zweite Stufe sieht ein Volksbegehren im nächsten Frühjahr vor. Führt auch das nicht zur Einigung, kommt der Volksentscheid parallel zur Europawahl 2019 oder zur Bürgerschaftswahl 2020.
Setzen sie auf Verhandlungen und Einigung oder Konflikt und Volksentscheid?
Wenn wir durch Gespräche mit der Politik zu substantiellen Verbesserungen bei der Inklusion kommen, brauchen wir keinen Volksentscheid.
Gibt es Signale der Gesprächsbereitschaft aus dem Rathaus?

Dazu ist es noch zu früh. Die Frage stellt sich für die Politiker erst, wenn die Volksinitiative zustande gekommen ist.
Woran mangelt es am meisten?
An Stunden für sonderpädagogisches Personal, aber auch für Pflege- und Therapiepersonal. Der Senat hält seine eigenen, 2012 formulierten Zielvorgaben an zusätzlichen Lehrerstunden für Schüler mit Förderbedarf bei Weitem nicht ein.
Was würde die Stadt die Umsetzung ihrer Forderungen kosten?
Die Behörde spricht von 50 Millionen Euro pro Jahr. Inklusion ist eine anspruchsvolle Aufgabe und die Kosten liegen aus unserer Sicht im Rahmen.
Was hätte es für Folgen, wenn nicht mehr Geld in Inklusion investiert wird?
Die Stadtteilschulen sind am meisten durch die Inklusion belastet. Tut sich hier nichts, wird sich die Zahl der Anmeldungen an dieser Schulform noch weiter verringern.

■ Unterschriftenübergabe der Volksini: 11 Uhr, Senatskanzlei im Rathaus

■ Pit Katzer

■ 65, ist ehemaliger Schulleiter und Vertrauensmann der Volksinitiative „Gute Inklusion“

Foto: privat

Senat will Luft verbessern

GESUNDHEIT Senat beschließt Luftreinhalteplan mit geringen Beschränkungen für Diesel. Fahrverbote und Umweltzonen bleiben tabu, emissionsfreie Autos sind die Hoffnung



Der Plan: Kleine Beschränkungen für besonders belastete Straßen wie die Stresemannstraße in Altona. Foto: Axel Heimken/dpa

VON SVEN-MICHAEL VEIT

Fahrverbote, Umweltzonen oder City-Maut wird es auch weiterhin in Hamburg nicht geben. Lediglich ein paar Hemmnisse für die größten Dieselstinker, ein paar Anregungen für den Hafen und ansonsten die Hoffnung auf emissionsfreie Kraftfahrzeuge in ferner Zukunft sind die Kernpunkte des Luftreinhalteplans, den der grüne Umweltsenator Jens Kerstan am Dienstag vor der Landespressekonferenz im Rathaus präsentierte.

„Wir verteilen die Schadstoffe von hochbelasteten Straßen so, dass andere Straßen mehr belastet werden, ohne die Grenzwerte zu erreichen“, erläuterte er die Maxime der Planungen. „Wir ergreifen alle Maßnahmen unterhalb von Fahrverboten“, so Kerstan, denn die hatte Bürgermeister Olaf Scholz bereits im vorigen Jahr ausgeschlossen.

Allerdings sollen für PKWs und LKWs, die nicht der Euro 6 Norm entsprechen, Verkehrsbeschränkungen angeordnet werden auf Teilen der besonders

Recht auf Luft

■ Mit Urteil vom 5. November 2014 verpflichtete das Verwaltungsgericht Hamburg den Senat zum Handeln. Eine konkrete Vorgabe wie die Einführung einer Umweltzone machte das Gericht nicht.
■ Rechtskräftig ist das Urteil seit April 2015. Weil der Senat dennoch keine Maßnahmen unternahm, verurteilte das Gericht auf Antrag des BUND im März 2016 die Stadt zur Zahlung eines symbolischen Zwangsgeldes.
■ Vorausgesetzt, dass die Stadt nicht bis zum 30. Juni 2017 den bisherigen Luftreinhalteplan so fortschreibt, dass dieser „die erforderlichen Maßnahmen zur schnellstmöglichen Einhaltung“ des Grenzwerts für Stickstoffdioxid (NO₂) in der Atemluft einleitet. Eben das versucht der Senat nun zu schaffen.

stark belasteten Max-Brauer-Allee und der Stresemannstraße in Altona. „Das ist vertretbar, weil für den Durchfahrtverkehr leistungsfähige Alternativrouten existieren“, so Kerstan.

Generell werde die Luft in Hamburg von Jahr zu Jahr besser. Bis auf die Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO₂) würden alle Grenzwerte eingehalten. NO₂ gilt als Auslöser für Atemwegserkrankungen und Herz-Kreislauf-Krankheiten. Für etwa drei Viertel dieser Emissionen ist unstreitig der Autoverkehr verantwortlich. An vier von 16 Luftmessstellen in der Stadt werden die Grenzwerte permanent um bis zu 50 Prozent überschritten: Stresemannstraße, Max-Brauer-Allee, Kieler Straße und Habichtstraße.

„Neu war auch für uns die Erkenntnis, dass die Hintergrundbelastung aus dem Hafen an einigen Straßen am Nordufer der Elbe ein erhebliches Problem für die Luftqualität ist“, betonte Kerstan. Betroffen seien die Palmalle, die Große Elbstraße oder Neumühlen. Dort verur-

sachten Emissionen aus dem Hafen rund 80 Prozent der NO₂-Belastung. Deshalb sei am Burchardkai der HHLA der Einsatz von Flüssiggas geplant, damit Containerfrachter während der Liegezeit ihre Diesel-Motoren abschalten können. An den Terminals Altenwerder und Eurogate soll es eine zusätzliche Landstromanlage geben.

Nach Berechnungen der Umweltbehörde werde die Zahl der von schlechter Atemluft betroffenen Menschen von rund 41.500 im Jahr 2014 bis 2020 auf nur noch rund 1.300 Personen sinken.

„Als erste Großstadt legen wir einen Plan vor, der alle Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin berechnet“, sagte Kerstan. Und deutete zugleich an, dass er selbst daran nicht so recht glauben mag: „Das ist vielleicht nicht das Allercleverste, was man machen kann, aber das, was wir machen können.“ Und sollte das nicht reichen, müssten eben „die EU oder Gerichte uns sagen, was wir sonst noch tun sollen“.

KOMMENTAR VON SVEN-MICHAEL VEIT ZUM LUFTREINHALTEPLAN

Aus Angst vor motorisierten WählerInnen

Schon lange nicht mehr, wenn überhaupt jemals, hat ein Hamburger Senator einen vermeintlich grünen Wurf so lustlos präsentiert wie der grüne Umweltsenator Jens Kerstan am Dienstag den Entwurf des Luftreinhalteplans. Das liegt zum einen am euphemistischen Titel, denn es geht natürlich nicht ums Reinhalten, sondern zunächst mal grundlegend ums Säubern. Und zweitens enthält das Pläncchen nur, was der sozialdemokratische Koalitionspartner gnädigerweise gestattet. Und das ist erbärmlich wenig.

Seit 2010 gelten die EU-Grenzwerte zum Schutz der menschlichen Gesundheit. Ab 2020 soll nun Hamburg diese Werte teilweise und ab 2025 weitestgehend einhalten, so der Senatsplan. 15 Jahre bis zur gefälligen Beachtung gesetzlicher Vorschriften

ten könnte man, zurückhaltend formuliert, als Rechtsdehnung bewerten. In Wahrheit handelt es sich um den Versuch, rechtsfreie Räume auf den Straßen und im Hafen mit aller Macht zu verteidigen. Es ist nicht nur so, dass Hamburg wirksame Luftreinhaltepolitik einfach nicht praktiziert hat, er hat sie jahrzehntelang aktiv verhindert.

Der Glauben an den Primat der Ökonomie und die Angst vor motorisierten WählerInnen lässt technokratierversessene Sozialdemokraten vor wirksamen gesund-

Hamburg hat wirksame Luftreinhaltepolitik jahrzehntelang aktiv verhindert

heits- und umweltpolitischen Maßnahmen zurückschrecken. Sie lassen nur zu, was nicht mehr zu verhindern ist, und dann werden Fahrverbote in Verkehrsbeschränkungen umgetauft, damit der Bürgermeister sein Wort halten kann, keine Fahrverbote zuzulassen. Das ist peinlich.

Zudem ist es unklug, Urteile von Gerichten nur „unter Wahrung der Zusagen“ aus dem Wahlkampf umzusetzen, was SPD-Fraktionschef Dressel erklärte. Das nächste Verwaltungsgericht wird die Aussage, dass Wahlprogramme mehr zählen sollten als Urteile, zu würdigen wissen.

Denn Kerstan, das ließ er durchblicken, würde sich von Gerichten nur zu gern zu schärferen Maßnahmen zwingen lassen. Anders ist den roten Bleifüßen im Senat nicht beizukommen.